D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 68
Juli/August '75 DM 1,50

Erfahrung, Emanzipation und Organisation

Oskar Negt

Der vorliegende Artikel, der wichtige Punkte aus Gesprächen mit verschiedenen Gruppen des Sozialistischen Büros, mit Mitgliedern des Arbeitsausschusses und einzelnen aufgreift, macht den programmatischen Versuch, die politisch selbstzerstörerische Sprachverwirrung zu beseitigen, die mit einigen, in den vergangenen drei Jahren besonders häufig verwendeten Begriffen, wie Erfahrung, Interessen, Organisation und Emanzipation betrieben wurde. Alle diese Begriffe sind strategische Begriffe, die der Analyse ebenso dienen wie der praktischen Orientierung im Organisierungsprozeß.

Ich knüpfe hier bewußt an den von mir geschriebenen „links"-Artikel an, der eine Reihe von Forderungen enthielt, die ich im Prinzip auch heute noch für richtig halte, die aber der Konkretisierung, vor allem im Zusammenhang der Arbeitsfeldanalyse, bedürfen. Als dieser Artikel, mit dem provozierenden Titel: „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!" in der Dezember-Ausgabe 1972 von „links" erschien, ging es um zweierlei: zum einen darum, im Klima der Traditionalisierung der Organisationsfrage, der entschlossenen und radikalen Abkehr von den Aktions- und Organisationsformen der Protestbewegung durch demonstrative Gründungen von Aufbauorganisationen, Parteien und Fraktionen für das Sozialistische Büro politische Perspektiven und inhaltliche Aufgaben zu präzisieren, die sich aus der praktischen Arbeit ergaben und die seinem damaligen Stand der Organisierung entsprachen —: zum anderen darum, die im Sozialistischen Büro lose zusammengefaßten oder sich nur an ihm orientierenden Gruppen, Einzelpersonen, Aktivitäten vor dem Verschleiß formaler Fraktionsabgrenzungen zu bewahren, der zwangsläufig mit der Rivalität von Avantgardeansprüchen verbunden ist. Sicherlich ist es heute noch zu früh, um mit Bestimmtheit sagen zu können, ob dieser vom SB beschrittene Weg richtig war; was man jedoch sagen kann ist, daß er unter den gegebenen Bedingungen der einzig mögliche war. Einige Entwicklungstendenzen der anderen sozialistischen bzw. kommunistischen Organisationen lassen im übrigen vermuten, daß sich nach bitteren Erfahrungen auch hier der sektiererische Organisationszwang zu lockern beginnt.

Insofern kann ich an die damalige Argumentation unmittelbar anknüpfen und sie unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wei-

FORTSETZUNG SEITE 11

Ernst Bloch im Jahre 1925

Ernst Bloch — 90 Jahre

Siehe den Beitrag „Utopie und Klassenkampf" auf Seite 14.

In dieser Ausgabe:

Kommentare Walter Müller-Jentsch: Betriebsratswahlen 3 • Claus Leggewie: Erwitte 4 • Andreas Buro: Nato und Portugal 5 • Streik in Spanien 7 • Peter Schlotter: MRCA 9 • **Strategie** Oskar Negt: Erfahrung, Emanzipation, Organisation 1/11 • **Sozialismus** D. Horster/J. Perels: Ernst Bloch — Utopie und Klassenkampf 14 • **Ökonomie** Aike Blechschmidt: Weltwirtschaftskrise 17 • Armanski/Schulz/Tergeist: Krise in den USA 19 • Eva Senghaas-Knobloch: Internationale Arbeitsteilung 22 • **Organisation** Siegfried Berg: Einzelkämpfer in der Provinz 24 • SLB-Resolution 27 • **Anti-Kommunismus** Harald Wieser: Antwort auf Vilmar 26 • **Recht** Siemens contra Rotbuch 28

Zur Dialektik von Erfahrung, Emanzipation und Organisation

Oskar Negt

FORTSETZUNG VON SEITE 1

terführen. Daß sich eine sozialistische Organisation, gleich welcher Art, nicht nur auf die mehr oder weniger zufällige Organisation von Einzelinteressen stützen könne, sondern der aktiven, planenden Kooperation und der Führung durch „Köpfe" bedarf, war von Beginn an selbstverständlich; nicht selbstverständlich und daher immer wieder in Frage gestellt, ist dagegen das Gewicht, das die Politisierung von Interessen und Bedürfnissen, vor allem die konkrete Verankerung der sozialistischen Politik in Arbeitsfeldern, für den gesamten Organisationsaufbau hat.

Gleichwohl haben sich in der Zwischenzeit viele Probleme ergeben, die sich 1972 in dieser Schärfe noch nicht stellten. Eines dieser Probleme ist die beträchtliche quantitative Ausweitung des Sozialistischen Büros, wie auch die Erfahrung einer Reihe gescheiterter spontaner Initiativen, wodurch die Forderung immer dringender erhoben wurde, die handwerklichen Arbeitsformen des SB zu überwinden und größere Verbindlichkeit über die ständig wiederholten moralischen Appelle hinaus zum Bestandteil des ganzen Arbeits- und Organisationszusammenhanges zu machen. Die Formulierung der „Thesen" des SB, die Einrichtung des Delegiertenrates, die Ausbildung und Befestigung regionaler Organisationskerne, die Neuorganisation und inhaltliche Präzisierung von Arbeitsfeldern u. a. mehr sind Stufen und verschiedene Ebenen der Konkretisierung von Verbindlichkeit, wobei zu betonen ist, daß Initiativen und planende Vorentscheidungen von zentralen Gremien und Arbeitstagungen durchaus ihr eigenes Gewicht behalten müssen; Verbindlichkeit wird das alles jedoch nur in dem Maße haben, wie es durch die tatsächliche Basisarbeit eingelöst wird. Diese organisatorische Weiterentwicklung des SB ist allerdings nicht nur das Resultat des Organisationswillens einzelner, sondern in ihr kommen gleichzeitig Tendenzen und Problemstellungen zum Ausdruck, die sich aus einer qualitativ neuen gesellschaftlichen Situation Westdeutschlands ergeben; diese Situation kann man als zweite Restauration charakterisieren.

Die zweite Restauration

Auf den ersten Blick mag die gegenwärtige Restauration, die mit dem Scheitern der Integrationsversuche gegenüber der radikalen politischen Linken wie auch gegenüber unbotmäßigen Gewerkschaftern, die spontane Streiks mit strukturierten, Ende der 60erJahre massiv einsetzt, nichts anderes sein als die Fortsetzung der im Nachkriegsdeutschland erprobten und bewährten Unterdrückungsstrategie mit anderen Mitteln. In gewisser Hinsicht ist dieser Eindruck der Kontinuität durchaus zutreffend. Aber für die Ansatzpunkte unserer aktuellen Politik ist es weniger wichtig, was die Klassenkämpfe verschiedener Perioden miteinander verbindet als vielmehr die spezifischen Formen, in denen sie zum Ausdruck kommen und worin sie sich unterscheiden.

Das gegenwärtige politische Klima der Bundesrepublik ist durch zwei hervorstechende Merkmale gekennzeichnet: durch eine verschärfte Polarisierung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte, wobei sich die Frontlinien bei jedem Streik, bei jedem neuen Gesetz, bei jeder Gerichtsentscheidung, ja bei jeder Besetzung eines Arbeitsplatzes (im Betrieb ebenso wie in den Gewerkschaften und im öffentlichen Dienst) immer deutlicher um politische Klasseninteressen organisieren; dabei kann man keineswegs davon sprechen, daß die Linke heute schwächer ist als in den 50er Jahren; im Gegenteil, sie repräsentiert heute ein weitaus größeres Potential. Zum anderen durch die öffentliche Politisierung der Unternehmer und der Unternehmerverbände, die sich Teile staatlicher Befugnisse (wie etwa im Werkschutz) aneignen, eigene Produktionsöffentlichkeiten (vor allem der großen Konzerne) aufbauen, das tarifpolitische Instrumentarium als politische Waffe einsetzen und eine wirksame Organisierung ihrer Interessen unterhalb der Ebene der staatlichen Institutionen betreiben.

In der Tat unterscheidet sich die jetzt einsetzende Restauration in wesentlichen Punkten von der, die sich in der Nachkriegsgeschichte vollzog. Sie ist nämlich Produkt eines gesamtgesellschaftlichen und internationalen Krisenzusammenhangs, der seine Grundlage in der Mitte der 60er Jahre beginnenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals hat, aber längst nicht mehr auf wirtschaftliche Faktoren (Arbeitslosigkeit, Inflationsraten usw.) beschränkt ist. Diese Krise dringt in alle Poren der Gesellschaft, schafft Unsicherheit und Angst bei allen Individuen, zerstört traditionelle Legitimationen des bürgerlichen Staates. Zu erwarten, man könne nach einem Konjunkturaufschwung wieder zur Tagesordnung zurückkehren, wäre eine gefährliche Illusion.

Exemplarisch für diese durch die Krise bewirkte Umstrukturierung aller gesellschaftlicher Institutionen kann die radikale Verkehrung von Rechts- und Verfassungspositionen genannt werden. Galt im bürgerlichen Rechtsstaat bisher der Grundsatz: in dubio pro reo (im Zweifel für den Angeklagten), so daß der Staat das verfassungswidrige Verhalten des einzelnen, das Gericht die Schuld des Angeklagten unter Beweis zu stellen hatte, so gilt heute häufig schon der umgekehrte Satz: im Zweifel gegen den Angeklagten, er muß seine Unschuld bzw. seine Verfassungstreue positiv nachweisen. Ganze Bevölkerungsgruppen werden so potentiell als verfassungsfeindlich angesehen. Diese innere Aushöhlung und Verkehrung des Rechtssystems, wie es sich im speziellen Zusammenhang der Berufsverbote auf allen Ebenen, vom Betrieb bis zum öffentlichen Dienst, zeigt, kommt auch dort zum Ausdruck, wo es um die ordentlichen Gerichte geht; häufig kommt der Angeklagte als bereits Verurteilter in den Gerichtssaal, wobei die allgemeine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Anwälte die Situation für ihn immer schwieriger macht ,den Unschuldsbeweis anzutreten.

Hinter diesen vielfältigen Unterdrückungsaktionen verbirgt sich eine präventive konterrevolutionäre Strategie, die für die Linke dadurch besonders bedrohlich ist, daß sie sich weder auf eine revolutionäre Situation noch auch nur auf eine politisch starke Arbeiterklasse bezieht. So kann diese Strategie, nachdem die in der wirtschaftlichen Wachstumsperiode wirksam gewesenen Integrationsmechanismen kaum noch funktionieren, zum Mittel der Ausgrenzung, der Ausschlüsse (Instrumente, die in Frankreich und Italien z. B. nur schwer anwendbar sind), der Mobilisierung von Existenzängsten, ja zur unmittelbaren Gewalt greifen.

Diese Strategie des Gegners könnte den Schluß nahelegen, daß eine entschiedene Abkehr von der Basisarbeit notwendig ist und die zentralistisch operierende Kaderpartei die einzige Organisationsform darstellt, die auf diese Situation angemessen reagieren kann. Das Gegenteil ist der Fall: eine solche Organisation würde der Repression und den Ausgrenzungsmechanismen auf der Ebene begegnen, wo das System am stärksten ist, und langfristig dadurch das politische Kräftepotential und den Bewegungsspielraum wesentlich verringern, auf die sich das Sozialistische Büro gegenwärtig stützt. Um aber diese falsche Alternative zu vermeiden, reicht der stereotype Hinweis auf die Notwendigkeit der Organisierung von Interessen und auf die Intensivierung der Basisaktivitäten nicht mehr aus. Es ist die Struktur der Arbeitsfelder und deren Verhältnis zur überregionalen, zentralen Organisationsarbeit, die heute im Zentrum der Probleme der politischen Strategie des SB steht.

Zwei mögliche Fehlentwicklungen der Interessen-Konzeption: das „Syndikalistische" und das Individualistische

Interessen und Bedürfnisse, wie sie im Rahmen des Organisationskonzepts des SB zur Debatte stehen, sind Entwicklungsresultate von gesellschaftlichen Produktionsprozessen; sie sind nichts Unmittelbares, Unveränderliches, sondern bezeichnen als Vermittelte das ganze Spektrum der Konflikte und Widersprüche des konkreten Lebenszusammenhangs der Menschen, der in letzter Instanz durch die sich aus dem Klassenwiderspruch ergebende objektive ökonomische Lage bedingt ist. Es ist die objektive Situation der Arbeiterklasse im Kapitalismus, die letztlich auch ihr kollektives Interesse bestimmt: das Interesse an der Aufhebung des kapitalistischen Systems. Damit dieses objektive Interesse auch das subjektive, das Handeln und Denken jedes einzelnen motivierende Interesse wird, bedarf es eines langwierigen Bewußtwerdungsprozesses, in dessen Verlauf sich die je konkreten Interessen in ihren vorwärtstreibenden Momenten durch politische Erfahrungen entfalten.

Eine politische Organisation kann ihre Identität daher nicht durch bloße Proklamation des objektiven geschichtlichen Interesses an der Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gewinnen, in der Erwartung, daß die Subjekte in einer spontanen Erleuchtung dieses Interesse eines Tages als ihr eigenes erkennen. Die Auflösung der Loyalitätsbindungen gegenüber dem bestehenden System vollzieht sich in der Regel nicht mit einem Schlage, weder durch spontane Streiks noch durch Demonstrationen. Sie lösen sich vielmehr nur in langwierigen und häufig mit Umwegen und taktischen Kompromissen verbundenen Prozessen der Umstrukturierung vorhandener Bedürfnisse und Interessen. Eine politische Strategie, die nicht diese Prozesse selbst zu ihrem Inhalt hat, sondern Politisierung allein durch die Verbreitung richtiger Erkenntnisse intendiert, ist in ihrer Abgehobenheit von der realen Klassenbewegung von vornherein zum Scheitern verurteilt; dabei ist es re-

lativ unerheblich, ob die richtige „Linie" durch Verbreitung revolutionärer Parolen oder durch theoretische Schulung den Massen vermittelt werden soll.
Die sozialistische Strategie muß daher an den konkreten Bedürfnissen und Interessen ansetzen und sie als materielle Hebel der Bildung von Klassenbewegung verstehen. Dieser Ansatz darf nicht im syndikalistischen Sinne mißverstanden werden (Wenn hier von Syndikalismus gesprochen wird, dann nicht im Sinne der spanischen Anarcho-Syndikalisten, der Tradition von Selbstverwaltung und Selbstorganisation. „Syndikalistisch" bedeutet hier: nur-gewerkschaftliche Interessenvertretung.): die politische Vertretung gegebener Interessen kann Anfangsstufe politischer Organisierung sein, sie verliert aber langfristig ihren politischen Charakter, wenn sie nicht versucht, die im unmittelbaren Interessenzusammenhang latent vonhandenen Erkenntnismöglichkeiten gesellschaftlicher Zusammenhänge wie auch die Handlungsutopien zu entwickeln und politisch wirksam werden zu lassen. Dieser Schritt vollzieht sich nicht mechanisch, sondern bedarf der bewußten Einordnung in gesellschaftliche Zusammenhänge, die wiederum einer vorausgreifenden politisch-ökonomischen Analyse und der politischen Einschätzung gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen bedarf.
Eine wesentliche Voraussetzung dieser Strategie ist, daß es sich um klassenbedingte Durchschnittsinteressen und Bedürfnisse handelt, bei denen angesetzt wird. Ein Problem liegt dabei darin, daß man häufig nicht von vornherein sagen kann, ob es sich bei bestimmten Interessen um politisierbare handelt. Man kann daher nur festhalten, daß es Interessen sein müssen, die, wenn auch deformiert und mit Illusionen verknüpft, in eine emanzipatorische Richtung weisen. Interessen also, deren kollektive Vertretung den Menschen erlaubt, Erfahrungen über gesellschaftliche Tatbestände ihrer eigenen Existenzbedingungen und über mögliche Alternativen zu ihrer gegenwärtigen entfremdeten Situation vermitteln zu können. Es kann demzufolge keine Rede davon sein, daß die Forderung: „Nach Interessen organisieren!" aus sich heraus zu syndikalistischer Beschränkung und Partikularisierung führen muß. Im Gegenteil: nur wenn auf halbem Wege stehen geblieben wird, wenn die in den Interessen eingeschlossenen gesellschaftlichen Bedingungen nicht bewußt gemacht werden, ergeben sich derartige Fehlentwicklungen.
Ähnliche Tendenzen einer Fehlentwicklung zeigen sich dort, wo das Verhältnis zwischen individuellen Lebensproblemen und der politischen Organisation des SB ungeklärt bleibt. Viele Genossen, die sich in den letzten Jahren am SB orientierten und Sympathien für die mit individueller Emanzipation verknüpfte Organisationsform bekundeten, haben mit Recht die Erwartung gehegt, innerhalb dieses politischen Zusammenhangs ihre ganz spezifischen individuellen Lebensprobleme besser lösen zu können; als Interessen und Bedürfnisse verstanden sie ihre eigenen Schwierigkeiten der Beziehungen zu Partnern, Überwindung von Kontaktstörungen und Leistungsängsten, die Regelung gruppendynamischer Probleme, wie sie sich in Arbeitszusammenhängen, Wohngemeinschaften und in der Kindererziehung zeigen. Diese Dimension der individuellen Emanzipation, die

von dem Wunsch nach kollektiver Aufarbeitung der Selbsterfahrung getragen ist, wird vom Sozialistischen Büro zwar als wesentlicher Erbteil der Studentenbewegung übernommen; sie kann vom Bezugsrahmen sozialistischer Politik nicht ohne Folgen losgelöst werden. Aber jede politische Organisation muß die Grenzen des individuellen Emanzipationsanspruchs genau bestimmen, um ihn durch Überforderung nicht zu diskreditieren.
Emanzipation beginnt mit der Aufhebung konkreter Abhängigkeiten der Individuen; eine revolutionäre Entwicklung ohne die Veränderung der Subjekte, die ihre aktiven Träger sind, ist zum Scheitern verurteilt. Abgetrennt vom objektiv gesellschaftlichen, d. h. immer auch organisationsvermittelten Emanzipationsprozeß schlagen individuelle Emanzipationswünsche ebenso wie Interessen jedoch in ihr Gegenteil um: in privatisierte Einstellungen, die jede sozialistische Politik blockieren, ja unmöglich machen.

Arbeitsfelder als Vermittlungsorgane

Die Konzeption der Arbeitsfelder hat eine zentrale strategische Funktion in der politischen Aufarbeitung und in der erfahrungsbezogenen Vermittlung zwischen individuellen und objektiven Klasseninteressen. Spätestens seit der Kritik von Wilhelm Reich an den kommunistischen Parteien, denen er vorwirft, daß sie in ihrer Politik von „zweierlei Klassenbewußtsein" ausgehen, dem objektiv-geschichtlichen Klassenbewußtsein, das die Partei in ihren zentralen Gremien repräsentiert und dem empirischen Klassenbewußtsein, in dem sich mehr oder minder zufällige individuelle Kampferfahrungen der einzelnen, ihre Alltagsbedürfnisse und unmittelbaren Interessen ausdrücken, ist diese arbeitsteilige Aufspaltung der Interessen ein wesentlicher Gegenstand der Kritik der revolutionären Linken geblieben.
Der Arbeitsfeldansatz ist demgegenüber ein Versuch, diese Aufspaltung nicht nur in der politischen Programmatik, in Beschlüssen und Willensbekundungen zu überwinden, sondern die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Aufhebung im Organisationsaufbau selber zu verankern. Dadurch verschwindet dieser durch die kapitalistische Klassengesellschaft vorgegebene Widerspruch sicherlich nicht, aber er bekommt für die Menschen im Zusammenhang ihres jeweiligen Arbeitsprozesses (nicht nur auf Tagungen und Kongressen) eine erfahrbare Dimension. Es wäre aber eine gefährliche Illusion, die in den Arbeitsfeldern angelegte Entfaltung der Dialektik zwischen diesen objektiv widersprüchlichen Interessenebenen, die durch den einzelnen hindurchgehen, als einen spontanen ohne gesamtgesellschaftliche Perspektiven ablaufenden Prozeß zu begreifen, dessen Resultate dann nur noch zentral zusammengefaßt werden müssen. Was die Organisationsform des Sozialistischen Büros von anderen linken Organisationen gerade unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie weder als bloße Koordinationsstelle von Arbeitsfeldern und Kampagnen noch als eine Zentrale verstanden wird, die das Abstrakt-Allgemeine, die richtige Gesellschaftsanalyse und die politischen Prioritäten, verwaltet und durch bindende Beschlüsse nach unten weitergibt.
Beide Entwicklungsrichtungen führen in Sackgassen. Die zentralen und überregionalen Gremien des SB haben gegenüber den Arbeitsfeldern vielmehr eigenständige, nicht nur zusammenfassende Funktionen; sie bestehen nicht zuletzt darin, die in den Arbeitsfeldern auftretenden Widersprüche zwischen Spontaneität und Organisation, unmittelbaren und objektiven Interessen usw. aktiv zu strukturieren und auf ihre weiterführenden sozialistischen Gehalte zu bringen.
Damit sich die zentralen und regionalen Organisationsbereiche gegenüber den Arbeitsfeldern nicht verselbständigen, ist es allerdings notwendig, daß die Arbeitsfelder viel stärker als bisher in ihrem jeweiligen objektiven Erfahrungszusammenhang untersucht und unter politischen Gesichtspunkten spezifiziert werden. Das organisierende Zentrum eines Arbeitsfeldes ist sicherlich die Struktur des Produktionsprozesses, aber diese Bestimmung reicht bei weitem nicht aus. So stellen sich im Hinblick auf eine konkrete Analyse der Arbeitsfelder Fragen nach den Organisationsbedürfnissen, den verschiedenen Formen, in denen sich Loyalitäten gegenüber etablierten Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen auflösen, der Objektbezogenheit der Arbeit, die in Intellektuellenberufen eine ganz andere ist als im Betrieb oder auch in Ausbildungsverhältnissen, der Bedeutung personaler Vertrauensverhältnisse für die politische Arbeit, den institutionell vorgegebenen Kommunikationsstrukturen, schließlich: den besonderen Regeln, Normen und „Gesetzmäßigkeiten", in denen die gesellschaftliche Totalität, die kapitalistische Produktionsweise und der Staat im einzelnen Arbeitsfeld zum erfahrbaren Ausdruck wird. Auch ist nach wie vor die Beziehung der einzelnen Arbeitsfelder zum materiellen Produktionsprozeß (z. B. Verschleiß der Gesundheit durch Arbeitsintensivierung am Fließband und die Möglichkeiten eines Arbeitsfeldes Gesundheitswesen) und ihr Umfang völlig ungeklärt.

Gesamtgesellschaftliche Aspekte der Arbeitsfeldanalysen

Es gibt keine ein für allemal festgelegte Hierarchie der Gewichtung der einzelnen Arbeitsfelder. Das Sozialistische Büro ist heute noch, sowohl was den Argumentationsstil auf Tagungen anbetrifft wie der personellen Zusammensetzung seiner aktiven Mitglieder und Gruppen nach, eine Organisation von Intellektuellen. In ihrem politischen Selbstverständnis und in der tatsächlichen Aktivität will sie es jedoch nicht sein. Die in den „Thesen" des SB enthaltene Analyse und die sich darauf gründende Programmatik setzen den Akzent auf den Schwerpunktbereich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Die „Thesen" vermitteln deshalb den Eindruck, als solle einer primär durch Intellektuelle geprägten Organisation eine Arbeiterorganisation übergestülpt werden.
Dieser Widerspruch, der auch in der Heterogenität der Zusammensetzung des SB zum Ausdruck kommt, ist das Resultat der politisch rückständigen Entwicklung der Bundesrepublik. Es wäre deshalb falsch, aufgrund der stärkeren Bestimmtheit und Artikulationsfähigkeit im Reproduktionssektor eine Verschiebung des Klassensubjekts zu unterstellen. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist nach wie vor das Gewaltzentrum der Gesellschaft, auf dessen Beseitigung jede sozialistische Politik gerichtet sein muß. Diese innere Spannung führt zu einer Reihe von spezifischen Konflikten, die man weder durch eine Selbstverleugnung der Intellektuellen, durch Selbstbestrafung für ihre Herkunft, noch durch ein naturwüchsiges, ungeheuer belastendes Austragen der damit verbundenen Einzelkonflikte lösen kann. Diese Konflikte können vielmehr nur durch konkrete Arbeitsprojekte neutralisiert und aufgehoben werden.
Die verschiedenen Arbeitsfelder sind, was die Erfahrungsbedingungen für die einzelnen Individuen und was die konkreten Arbeitsprozesse anbetrifft, Stücke der gesellschaftlichen Totalität, die man nicht von außen in sie hineintragen muß. Aber sie enthalten gleichzeitig spe-

zifische Gesetze, institutionelle Verflechtungen und durch gesellschaftliche Arbeitsteilung definierte Zielsetzungen, auf die sich die politische Arbeit, vor allem auch eine wirksame Agitation, einstellen muß. Auf jeden Fall kann man sagen, daß in jedem der Arbeitsfelder, ob es sich um Wissenschaft und Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen usw. oder um den Produktionssektor, den Betrieb, handelt, der Staat und das Kapital präsent sind. Der politische Kampf gegen Berufsverbote, von denen Lehrer betroffen sind, ist keine Frage der syndikalistisch bornierten oder der berufsständischen Interessenvertretung der Lehrer, sondern ist ein Kampf gegen eine spezifische Form staatlicher Repression (die zwar im Betrieb andere Formen hat, aber Resultat derselben Strategie ist), setzt also die Analyse des Staates und eine politische Praxis voraus, die das unmittelbare Arbeitsfeld der Lehrer notwendig überschreitet. In dem, was Lehrer in ihrem pädagogischen Arbeitsprozeß innerhalb der Schule tun, stoßen sie nicht nur auf Normen der Disziplin, der Konkurrenz und des von Erkenntnismotivationen abgespaltenen Leistungstrainings, deren Vermittlung allesamt den Kindern eine Grundausstattung für eine möglichst reibungslose und lebenslange Tätigkeit als Lohnarbeiter verschaffen sollen, sondern sie stoßen auch auf Arbeitereltern, deren Kinder sie zu erziehen haben. Die Beziehung zwischen Lehrer und Arbeiterklasse muß, berücksichtigt man den inhaltlichen Zusammenhang der gesellschaftlichen Produktionsprozesse (auch Sozialisation und Erziehung sind Produktionsprozesse, wenn auch ganz spezifischer Art), nicht erst durch eine übergreifende Organisation hergestellt werden, sondern sie ist alltäglich vorhanden. Sie muß vielmehr an dem Punkt politisch aktualisiert und in eine sozialistische Strategie einbezogen werden, wo fundamentale Interessen von Arbeitereltern auftreten. In jedem Arbeitsfeld reproduziert sich also die gesellschaftliche Totalität, und es ist von der Sache her unmöglich, die einzelnen Arbeitsfelder ohne willkürliche Abstraktion voneinander zu isolieren und auf die Vertretung rein beruflicher Interessen zu beschränken.

Sollen Interessen und Bedürfnisse in spezifischen Arbeitsfeldern organisiert werden, so ist es in erster Linie notwendig, die objektiven Bedingungen der Erfahrung und die verschiedenen Organisationsbedürfnisse, die die Betroffenen haben, zu untersuchen. Es wäre völlig abstrakt und deshalb auch ohne Beziehung auf die besonderen Formen von Erfahrungen, wollte man dasselbe Organisationsbedürfnis und dieselbe Funktion von Organisation für Studenten, berufstätige Lehrer, Sozialarbeiter und Industriearbeiter unterstellen. Bereits die Organisationsbedürfnisse von Hochschullehrern und Studenten unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht, z. B. im Inhalt des Produktionsprozesses (abhängige Lernsituation auf der einen, mehr oder weniger autonome Forschung und Lehre auf der anderen Seite), im Grad der notwendigen Objektbezogenheit der Tätigkeit, im Grade der Freiwilligkeit der Zusammenschlüsse, wie bei Studenten, oder der Zwangsgemeinschaften, die sich aus jeder Art der Berufstätigkeit ergeben, ganz zu schweigen von jener kollektiven Zwangsgemeinschaft, die der Industriebetrieb darstellt. – Zur kurzen Erläuterung dieser Probleme der Umstrukturierung und Weiterführung von Interessen zwei Beispiele, die dem Arbeitsfeld Schule (Lehrer) sowie dem Bereich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit entnommen sind.

Erstes Beispiel: Eltern haben im allgemeinen ein fundamentales Interesse an der Erziehung ihrer Kinder; dieses Interesse ist weder das einzige in ihrem Lebenszusammenhang, noch läßt es sich in der größten Zahl der Fälle als rein emanzipatorisch verstehen, als ein ausdrückliches Bedürfnis der Herstellung von autonomen Verhaltens- und Denkweisen des Kindes. Vielmehr ist dieses Interesse ein Schnittpunkt von Erwartungen, die sich auf höhere Leistung ebenso wie auf die Entwicklung der emotionalen und sozialen Fähigkeiten richten, zunächst alles jedoch eingebunden in den Horizont der Aufstiegsideologie. Die entfremdeten Komponenten dieses Bedürfnisses sind allerdings kaum zu überwinden, wenn sie mit einem von außen kommenden objektiven politischen Interesse abstrakt konfrontiert werden. Sie müssen vielmehr Bestandteil eines konkreten Arbeitsprozesses werden, in dem diese Interessen sowohl akzeptiert als auch umstrukturiert werden. Von der inhaltlichen Artikulation dieses Interessenpunktes, der zunächst nur die Erziehung des Kindes betrifft, ausgehend, können dann auch andere Interessen des Lebenszusammenhangs erfaßt, politisiert, durch konkrete anschauliche Praxis verändert werden. Auf keinen Fall kann sich aber die politische Arbeit in pädagogischen Arbeitsprozessen, die sich sowohl auf die Institution Schule wie auf die Eltern richtet, langfristig auf die partikularen Erziehungsinteressen beschränken, ohne in Gefahr zu geraten, auch diese aus den Augen zu verlieren. Denn die Gesamtgesellschaft dringt mit jedem Schritt, den politische Praxis macht, ohnehin in dieses Arbeitsfeld ein, so daß man es gar nicht nötig hat, die Analyse gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse aus einer von dem besonderen Problem der Schule abgetrennten Gesellschaftstheorie zu beziehen. – Die durch die ökonomische Krise erzeugte Arbeitslosigkeit z. B. erhöht den Leistungsdruck und die damit verknüpften Tendenzen von Konkurrenz und Rivalität unter den Schülern und auch den Lehrern. Die Furcht, daß das Kind keine Lehrstelle bekommt bzw. daß es nur durch Bestleistungen Aufstiegschancen hat, bestimmt unmittelbar die Interessen und führt zu bestimmten Erwartungen an die Schule. Bezeichnend dafür ist, daß der Numerus Clausus, von dem man annehmen könnte, daß er nur für die höheren Klassen Bedeutung hat, das Angstklima des pädagogischen Arbeitsprozesses bereits in der Grundschule bestimmt. Eine Theorie der Arbeitsfelder hat die Aufgabe, alle diese spezifischen Fragestellungen zum Ausgangspunkt und Inhalt gesamtgesellschaftlicher Analysen zu machen; nur so sind sie auch in den Verstehens- und Handlungshorizont der Betroffenen praktisch rückübersetzbar.

Zweites Beispiel: Jeder Lohnabhängige hat das Interesse, unter menschenwürdigen Bedingungen im Betrieb zu arbeiten, selbst wenn er eine Ahnung davon hat, daß sich eine nennenswerte Veränderung seiner gesamten Lebensbedingungen nur durch die Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems ergibt. Dieses unmittelbare Interesse in die Strategie der Politisierung nicht einzubeziehen, bedeutet, einen wichtigen materiellen Hebel der Bildung des Bewußtseins und der Motivierung von kritischem Verhalten zu ignorieren. Die Furcht, daß sich durch eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter der Wunsch nach grundlegenderen Veränderungen abschwächt, ist völlig unbegründet. Da es sich um Interessen und Bedürfnisse handelt, die weder durch Agitation noch durch Analysen aus der Welt geschafft werden können, kann man sie nur aufgreifen, weiterentwickeln, in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einordnen und in politische Praxis umsetzen. Soweit wird es kaum Kontroversen innerhalb der Linken geben. – Die Formen aber, in denen sich die Umstrukturierung von Einzelinteressen unter den Erfahrungsbedingungen des kapitalistischen Industriebetriebes vollzieht und Loyalitätsbindungen, z. B. gegenüber dem Gewerkschaftsapparat, der Sozialdemokratischen Partei usw. sich lösen, machen spezifische Strategien für den Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erforderlich, die quer zu den Debatten über Revisionismus und Reformismus liegen. Die Herstellung von Vertrauensverhältnissen zu einer Person, die, indem sie die Anonymität verläßt, für die Kollegen eine konstante politische Linie verkörpert, wodurch eine konkrete gesellschaftliche Alternative zum Bestehenden am Ort sichtbar wird; das Eingehen auf persönliche Probleme der Kollegen, informelle Kontakte im Arbeitszusammenhang; die Herstellung von Öffentlichkeit für zurückgehaltene Information, die zur Mobilisierung der Belegschaft und zur Überwindung bloßer Vertretungspolitik führt; – diese und ähnliche Elemente bestimmen den Begriff von Agitation im Produktionsbereich offenbar stärker als der Kopfglaube der Agitation, wie er auf Versammlungen von Intellektuellen Wirkungen erzielt.

So verstanden, sind die Arbeitsfelder unentbehrliche Bestandteile und Grundlage der Organisationsstruktur des Sozialistischen Büros. Die vertikale Gliederung des SB in Arbeitsfeldern, die überregional miteinander verknüpft und an spezifischen Problemen und sachlichen Interessen orientiert sind, kann von der horizontalen, lokalen und regionalen Organisation nicht getrennt werden. Wo eine solche Aufspaltung auftritt, wird sich sehr bald die Gefahr zeigen, daß kleine, durch Gesinnung und wahrscheinlich auch durch Aktivität zusammengehaltene Kader die politische Gesamtlinie bestimmen, in die dann allerdings kaum noch Aktivitäten der einzelnen Arbeitsfelder und jener breiten Initiativen eingehen, die für das SB von großer Wichtigkeit sind, sich aber außerhalb der Organisation bzw. weit über die SB-Organisation im engeren Sinne hinaus entfaltet und entwickelt haben. Die Tätigkeit der Organisationskerne, die sich in der lokalen Organisation herausbilden und heute praktisch noch aus „informellen Kadern" einzelner, besonders aktiver Mitglieder bestehen, muß inhaltlich auf die einzelnen Arbeitsfelder und Bereiche bezogen sein, was keineswegs immer bedeutet ,daß die Tätigkeit in den Arbeitsfeldern und die in den Organisationskernen personell identisch ist.

An diesem Punkt stellt sich ein zentrales Problem, vor dem alle Versuche der Entwicklung einer Organisationsstruktur neuen Typs unvermeidlich stehen ,das Problem der Neubestimmung des Verhältnisses von „Innen" und „Außen", Organisationskernen, die alle Vorzüge an Schlagkräftigkeit und Disziplin der traditionellen Organisationsformen aufbewahren, und von keiner Zentrale gesteuerten Initiativen, von Bürgerinitiativen über Modellversuche bis zum Häuserkampf, in denen sich das spontane, situationsgebundene Element der Selbstorganisation und der Selbstregulierung ausdrückt. Die damit verbundenen Fragen konnten mit diesem Artikel aufgegriffen, jedoch nicht zureichend entfaltet, geschweige beantwortet werden. Sie werden sich erst in der Praxis der nächsten Arbeits- und Organisierungsschritte und in den sich verschärfenden Auseinandersetzungen gegen Repression und Berufsverbote näher bestimmen und konkret diskutieren lassen. Hier liegt m. E. eine wichtige Schwerpunktsetzung für die Arbeit an den „Thesen" und für die Diskussionen in den Arbeitsfeldern, lokalen und regionalen Gruppen und vor allem auch im Delegiertenrat der SB. Ein weiterer „links"-Beitrag, der diese noch vor uns liegenden Diskussionen und Erfahrungen aufgreift, wird folgen.